

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Lienhard	A plant in B. einen Take-Away stand zu betreiben. Dabei sind keine Tische oder Stehtische vorgesehen. Sie ist unsicher wegen den Öffnungszeiten. In welchem Rechtsgebiet befinden wir uns? Unter welches Gesetz fällt diese Tätigkeit?	Das Gastgewerbegesetz (GGG) und das Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG) kommen in Frage. Ich würde sagen es fällt unter das Gastgewerbegesetz.
		Schauen Sie einmal den Geltungsbereich des GGG.	Dieser ist in Art. 2 GGG geregelt. In lit. b steht „Konsum an Ort und Stelle“. Dann ist wohl doch das HGG einschlägig.
		Ist das HGG anwendbar auf unseren Fall?	Art. 1 HGG regelt den Geltungsbereich. Das Gesetz ist hier anwendbar.
		Was heisst das in Bezug auf die Öffnungszeiten?	Die sind in Art. 9 ff. HGG geregelt. Für Imbissstände gilt Art. 9 Abs. 3 HGG.
		Sind Sie sicher, dass dies anwendbar ist?	Die Frage ist, was unter einem Imbissstand zu verstehen ist.
		Wie finden Sie das heraus?	Vielleicht steht etwas in der Verordnung. Ansonsten mittels Auslegung: Hier muss man den Sinn und Zweck der Norm prüfen (teleologische Auslegung), die historische Auslegung, die systematische Auslegung und die grammatikalische Auslegung vornehmen.
		Wie heissen die Gesetzgebungsmaterialien im Kanton Bern?	Ratsprotokolle des Grossen Rats.
		Wo findet man die?	Online.
		Ja, nämlich beim Tagblatt.	
		Was gibt es noch?	Die Botschaft.
		Wie nennt man die im Kanton Bern?	Botschaft?
		Nein, die nennt man Vortrag.	
		Welche Protokolle gibt es noch?	Protokolle aus den Kommissionen.
		Genau. Die Auslegung ergibt, dass es sich bei einem Take-Away effektiv um einen Imbissstand handelt. Wo schaue ich für die Öffnungszeiten nach?	Im GGG. Bei den Polizeistunde (Art. 11).

		<p>A hält sich nicht an die Öffnungszeiten. Wer ist zuständig für die Einhaltung der Polizeistunden?</p> <p>Die Gemeinden sind zuständig nach dem HGG.</p> <p>Was sind für Vollzugsmassnahmen möglich?</p> <p>Wer ist die zuständige Stelle für den Vollzug?</p> <p>Muss es eine Gemeindestelle sein?</p> <p>Genau in Art. 15 Abs. 2 HGV (Verweis in Art. 25 HGG auf Verordnung)</p> <p>Der zuständige Regierungstatthalter hat den Betrieb für 3 Wochen geschlossen. In welcher Form?</p> <p>Wo kann diese Verfügung angefochten werden?</p> <p>Schauen Sie unter den Rechtsmitteln, zuständige Behörde.</p> <p>Kann man in einer Verordnung die Zuständigkeit ändern?</p> <p>Gibt es eine Delegationsnorm im HGG?</p> <p>Ist das davon gedeckt?</p> <p>Und hier ist es was?</p> <p>In Art. 62 VRPG sind die Zuständigkeiten von Direktionen geregelt. Was steht dort?</p> <p>Was meint der Kanton Bern damit?</p> <p>Hilft das nun für unseren Fall?</p> <p>Genau. Wer ist die letzte kantonale Instanz?</p>	<p>Die Gemeinden sind für den Vollzug zuständig (GGG nur bezgl. Öffnungszeiten anwendbar, ansonsten gilt wieder das HGG)</p> <p>Gemäss Art. 14 Abs. 3 HGG können die Gemeinden, das Geschäft bis zu 3 Monate schliessen.</p> <p>Steht das im Gemeindereglement?</p> <p>Nein. Vielleicht steht etwas in der Verordnung.</p> <p>Das beco ist die zuständige Stelle. Ah nein, der Regierungstatthalter.</p> <p>Mittels einer Verfügung.</p> <p>Beim Regierungsrat? Ah nein, ich würde sagen beim Verwaltungsgericht.</p> <p>Ahja, Art. 17 HGV. Die Volkswirtschaftsdirektion ist zuständig.</p> <p>Ja, wenn es delegiert wurde.</p> <p>Art. 25 HGG verweist auf die Ausführungsbestimmungen. Die Frage ist, ob etwas in den Ausführungsbestimmungen steht.</p> <p>Wahrscheinlich nicht. Es stellt sich die Frage, was es für eine Verordnung ist.</p> <p>Eine reine Vollzugsverordnung. Sie hat nur deklaratorischen Charakter.</p> <p>Es steht „nur soweit die Gesetzgebung dies vorsieht“.</p> <p>Es ist eher weit zu verstehen. Es sind also auch Verordnungen und Dekrete umfasst.</p> <p>Nein, die Frage stellt sich nach wie vor.</p> <p>Das Verwaltungsgericht.</p>
--	--	--	---

Könnte ein Anwalt diese Unstimmigkeit rügen?

Was wäre eine mögliche Verfassungsfrage?

Als Rechtsverletzung der KV nicht. Aber man könnte es als Rechtsverletzung vom VRPG rügen, weil Zuständigkeitsordnung verletzt ist.

Gewaltenteilung, Delegationsgrundsatz?

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler	Sachverhalt: Polizei hat 3 Männer aus Osteuropa mit dem Auto angehalten. Sie sind verdächtig an mehreren Einbruchdiebstählen beteiligt zu sein. Im Auto finden sich auch Hinweise darauf, dass noch mehr Einbrüche geplant waren. Was muss die Polizei machen?	Wir befinden uns im polizeilichen Ermittlungsverfahren. Gemäss Art. 307 StPO ist die Stawa bei schweren Straftaten zu informieren. Die Untersuchung der Stawa wäre dann gemäss Art. 309 Abs. 1 lit. c StPO.
		Denken Sie daran, dass sich im Auto noch weiteres Deliktgut befindet, welches Hinweise auf weitere Einbruchdiebstähle gibt. Was muss noch gemacht werden?	Die Stawa muss U-Haft beantragen.
		Also die Polizei hat die Männer der Staatsanwaltschaft zuzuführen. Wie geht das?	Das muss ich bei den Zwangsmassnahmen nachschauen (Art. 217 ff.). Genau, gemäss Art. 219 Abs. 4 StPO müssen gewisse Fristen beachtet werden.
		Wieso zuführen? Was ist die rechtliche Grundlage dafür?	In Art. 219 Abs. 3 StPO.
		Hinzu kommt noch einen dringender Tatverdacht. Vorliegend für Diebstahl, allgenfall bandenmässige Begehung. Welche Haftgründe kommen hier in Frage?	Die Haftgründe sind in Art. 221 StPO geregelt. Hier kommen die Fluchtgefahr und die Kollisionsgefahr in Frage.
		Stellen Sie sich vor, der Staatsanwalt kontaktiert Sie und setzt sich als amtlichen Verteidiger für einen der Beschuldigten ein. Wie sieht das Verfahren aus bei der U-Haft?	Gemäss Art. 224 StPO. Der Beschuldigte muss sich zu den Haftgründen äussern können. Die Stawa stellt einen Haftantrag an das ZMG. Das Verfahren vor dem ZMG ist in Art. 225 ff. geregelt.
		Gemäss Art. 224 Abs. 1 ?? Die Staatsanwaltschaft hat eine Einvernahme durchgeführt, obwohl die Verteidigung erst später gestellt wurde. Was ist zur Gültigkeit dieser Einvernahme zu sagen?	Es stellt sich die Frage der Verwertbarkeit nach Art. 141 StPO. Der Beschuldigte hat das Recht auf einen Anwalt der 1. Stunde. Grundsätzlich ist das Einvernahmeprotokoll nicht verwertbar.
		Gemäss Art. 131 Abs. 3 StPO kann der Beschuldigte auf die Wiederholung der Einvernahme verzichten.	
		Nehmen wir an der Beschuldigte hat nicht verzichtet. Was passiert mit dem EV-Protokoll?	Gemäss Art. 141 Abs. 2 StPO darf es nicht verwertet werden.

Gemäss Art. 141 Abs. 5 StPO wird es aus den Straftakten entfernt.

Bis wann können Sie sich als Verteidiger darauf berufen?

Genau, es gibt keine gesetzliche Frist. Die Literatur ist nicht schlüssig.

Das ZMG hat zu einer mündlichen Verhandlung vorgeladen. Wieso nicht zu einer schriftlichen Verhandlung?

Wie sieht das Akteneinsichtsrecht vor dem ZMG aus? Damit meine ich den Umfang der Akteneinsicht.

Haben Sie ein Akteneinsichtsrecht in alle Akten?

Das sind alle Akten die den dringenden Tatverdacht und die Haftgründe begründen.

Wann dürfen Sie die Akten bei der Stawa einsehen?

Was ist, wenn Ihnen die Stawa das nicht gewährt?

Bei welcher Behörde?

Der Privatkläger möchte ihren Klienten Fragen stellen. Wann kann er das tun? Kann er das bereits an der ZMG-Verhandlung tun?

Wer ist Partei bei der ZMG-Verhandlung?

Genau, das heisst, der PK kann nicht daran teilnehmen.

Die Untersuchung kommt nicht vorwärts. Können Sie gemäss Art. 146 Abs. 1 StPO an den EV's der Mitbeschuldigten teilnehmen oder steht dem Art.

Ich finde keine gesetzliche Frist im Gesetz.

Die beschuldigte Person muss auf das mündliche Verfahren verzichten.

Es besteht ein Akteneinsichtsrecht, wahrscheinlich auch vor dem ZMG. Art. 225 Abs. 2 besagt, dass man das Akteneinsichtsgesuch dem ZMG vorlegen soll.

Gemäss Art. 224 Abs. 2 StPO nur in die wesentlichen Akten.

Nach der 1. Einvernahme, Art. 101 StPO.

Dann kann man Beschwerde machen.

Beim Obergericht, der Beschwerdekammer.

Art. 107 Abs. 1 lit. b und Art. 147 StPO

Gemäss Art. 104 Abs. 1 lit. b StPO ist die PK eine Partei. Also kann sie Fragen stellen.

Gemäss Art. 225 Abs. 1 StPO ist sie nicht öffentlich.

Art. 146 StPO ist nicht einschlägig, sondern regelt nur das Organisatorische. Art. 147 StPO ist anwendbar, d.h grds. besteht ein Recht auf Teilnahme, aber zu Beginn gibt es Einschränkungen aufgrund der möglichen Kollusionsgefahr.

146 entgegen?

Wie könnte Stawa Art. 147 faktisch aushebeln, wenn Beschuldigte nichts sagen wollen?

Sie kann die Verfahren getrennt führen, dadurch besteht kein Teilnahmerecht. Wird aber nicht gerne gesehen.

Gemäss Anklage kommt es wohl zu bedingtem Strafvollzug. Was kann Anwalt für den Klienten tun?

Spielt es für die Verhältnismässigkeit im Rahmen eines Haftentscheids eine Rolle, ob es voraussichtlich zu einem bedingten od. unbedingten Vollzug kommen wird?

Nein dies spielt keine Rolle für die Verhältnismässigkeit.

Es gibt Einschränkungen des rechtlichen Gehörs, aber nur wenn der Anwalt selber dazu Anlass gegeben hat (Art. 108 Abs. 2 StPO).

Er kann ein Haftentlassungsgesuch gemäss Art. 228 Abs. 5 StPO stellen.

Ja wahrscheinlich schon, damit es nicht zu Überhaft kommt.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Güngerich	Gläubiger setzt den Schuldner gestützt auf einen Pfändungsverlustschein in Betreibung. Dieser erhebt Rechtsvorschlag mit der Begründung nicht zu neuem Vermögen gekommen zu sein. Welche Überlegungen machen Sie sich?	Art. 265 und Art. 265a SchKG kommen in Frage. Man muss die Abgrenzung machen, ob nur die neue Forderung bestritten ist oder alles. Gemäss der bundesgerichtlichen Rechtsprechung gilt es der Rechtsvorschlag gegen den gesamten Zahlungsbefehl, d.h. gegen beides
		Wie geht es weiter?	Die Betreibung wird eingestellt. Der Gläubiger kann die Rechtsöffnung verlangen mittels Anerkennungsklage.
		Anerkennungsklage? Bringt der vorstehende Verlustschein nichts?	Es ist in Art. 149 ff. SchKG geregelt. Einerseits gilt der Pfändungsverlustschein als Schuldanerkennung. Er kann die Betreibung einleiten und die provisorische Rechtsöffnung verlangen.
		Warum ist der Pfändungsverlustschein eine Schuldanerkennung nach Art. 82 SchKG?	Es wurde schon behandelt.
		Wer ist für die Rechtsöffnung zuständig?	Das Regionalgericht am Wohnsitz des Schuldners.
		Was passiert, wenn die Rechtsöffnung gewährt wird?	Es wird provisorisch gepfändet. Der Schuldner kann eine Aberkennungsklage machen?
		Wäre eine Aberkennungsklage möglich?	Es stellt sich die Frage der res iudicata..
		Nehmen wir an, es handelt sich um einen Konkursverlustschein. Wie wäre es dann?	Dann ist Art. 265a SchKG anwendbar. Das Betreibungsamt legt die Sache dem Richter vor.
		Nehmen wir an, der Rechtsvorschlag wird nicht bewilligt. Wie geht es weiter?	Der Schuldner muss einen Feststellungsprozess führen .
		Wer ist Kläger? Wie lautet das Rechtsbegehren?	Der Schuldner. Es sei festzustellen, dass der Kläger seit xx.xx.xxxx nicht zu neuem Vermögen gekommen ist.
		Wie verläuft das Klageverfahren?	Die Frage stellt sich, ob es vorher ein Schlichtungsverfahren gibt. Gemäss Art. 198 ZPO braucht es kein Schlichtungsgesuch.

Wie ist die Zuständigkeit? Nehmen wir an, der Gläubiger ist eine juristische Person und der Schuldner eine natürliche Person.

Auch für unsere Klage?

Nehmen wir an, 40'000 wurden in Betreuung gesetzt. Wäre das der Streitwert?

Nehmen wir an, der Streitwert wäre ok. Ist das Handelsgericht zuständig?

Was ist ein Problem?

Das Regionalgericht verweigert die Bewilligung des Rechtsvorschlags. Wie ist das Rechtsmittel?

Gibt es eine Möglichkeit ans Bundesgericht zu gelangen?

Der Schuldner macht Insolvenzerklärung während Verfahren vor dem Regionalgericht, ist dies möglich?

Warum?

Die natürliche Person hätte das Wahlrecht, ob Handelsgericht oder Regionalgericht gemäss Art. 6 Abs. 2 ZPO.

Es kommt auf den Streitwert darauf an.

Ja.

Es besteht ein Wahlrecht, ausser gemäss Abs. 4.

Es kommt darauf, was es für eine Klage ist. Eher betreibungsrechtlich. Also nein. Handelsgericht nicht zuständig.

Gemäss Art. 308 ff. ZPO ist die Berufung zulässig.

Ja, Beschwerde in Zivilsachen.

Ich glaube nicht. Gemäss Art. 265b SchKG.

Der Lohn ab Konkurseröffnung könnte entzogen werden, indem er nicht mehr in die Konkursmasse fällt.

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Was ist die Eigenmietbesteuerung?	Das, was ein Eigentümer an Mietkosten spart, soll er zahlen.
		Was ist das Steuerobjekt? An was knüpft die Besteuerung letztlich an?	An der Nutzung der Liegenschaft.
		Was ist das Spezielle daran?	Es handelt sich um eine Selbstnutzung. Grundlage ist in Art. 21 Abs. 1 lit. b DBG.
		Wenn es keine explizite Regelung gäbe, wäre es steuerbar?	Nein.
		Sicher?	Ja.
		Wo schauen Sie nach? Man spricht von der Generalklausel (Vermögenszugangstheorie).	Gemäss Art. 16 DBG unterliegen der Einkommenssteuer alle wiederkehrende Einkünfte.
		Würde diese Generalklausel reichen?	Es geht um die Reinvermögenszugangstheorie. Hier haben wir keinen Vermögenszugang. Bei einem Au-Pair wäre die Unterkunft ein Naturalbezug.
		Was ist ein Naturalbezug?	Ich bekomme etwas für eine Leistung.
		Wie ist die steuerliche Erfassung, kann man auch Abzüge geltend machen?	Man kann Schuldzinsen abziehen und Unterhaltungskosten.
		Was gehört dazu?	Reparaturen und alles was wertverhaltend ist.
		Wäre eine Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung möglich?	Wenn die Eigenmietwertbesteuer entfällt, entfallen auch die Abzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten.
		Wer würde profitieren?	Derjenige, welcher keine Hypothekarschulden hat. Solche, die renovieren. Alte Liegenschaften.
		Es gibt noch einen dritten Parameter, das Einkommen. Ist das für alle gleich?	Es kommt darauf an, wie hoch der Eigenmietwert ist. Hoher Mietwert mit günstiger Lage.

		<p>Inwiefern sind die Mieter betroffen?</p> <p>Sachverhalt: X möchte Beratung. Sie kann ein EFH für 400'000 kaufen. Es müssten aber 300'000 investiert werden (Renovationen). Was erwartet X steuerlich?</p> <p>Wie kam es zur Praxisänderung?</p> <p>X. macht nur Werterhaltung. Auf was muss sie achten?</p> <p>Wann hat X Interesse an wertsteigernden Investitionen?</p> <p>Abziehen?</p>	<p>Indirekt, wegen dem Gerechtigkeitsempfinden.</p> <p>Früher gab es die Dumont-Praxis. Die gilt nicht mehr. Heute kann sie die Renovationskosten abziehen. Werterhaltende und Wertvermehrnde Kosten sind zu unterscheiden. Die Werterhaltenden kann sie beim Einkommen abziehen (sofort). Die Wertvermehrnden bei der Grundstückgewinnsteuer (erst im Rahmen Veräusserung).</p> <p>Der Bund hat zuerst den Artikel in der Verordnung gestrichen und dann kam es zur Gesetzesrevision.</p> <p>Solange sie das Grundstück behält, kann sie den Abzug bei der Einkommenssteuer machen. Sie sollte Abzüge gestaffelt machen (wenn Abzug grösser als Einkommen sollte jedes Jahr ein Teil des Abzugs machen und nicht auf einmal).</p> <p>Im Rahmen der Grundstückgewinnsteuer. Dort kann sie diese Investitionen für den Fall einer Veräusserung abziehen, Art. 142 StG.</p> <p>Erlös – Anlagekosten = Rohgewinn. Abgrenzungsnorm zu Einkommen + Grundstückgewinnsteuer befindet sich Art. 129 StG. Wertsteigernde Aufwendungen machen Sinn, wenn sie rasch weiterveräussern will.</p>
--	--	---	---